



1975: Analog-Digital-Wandler für telemetrische Daten im Lyndon B. Johnson Space Center, Houston, Texas. – Netzwerkeffekte treiben die digitale Wirtschaft an und beschleunigen den Wettbewerb.

Umbau der Schweizer Justiz

Rechtsprechung Die Schweiz will diese Landschaft in einem Grossprojekt bis 2026 papierlos machen.

VOLKER RICHERT

Es dürfte sich um eines der grössten derzeit laufenden Transformationsprojekte im Lande handeln. Unter dem Namen Justitia 4.0 soll in einem auf acht Jahre angelegten Vorhaben der digitale Wandel in der Schweizer Justiz Einzug halten: Die papierlose Justizakte wird in Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsverfahren von allen Beteiligten verwendet und medienbruchfrei in einer hochsicheren digitalen Umgebung ausgetauscht. So soll ab 2026 nur noch der Bürger Papier im Rechtsverkehr verwenden dürfen.

Betroffen sind geschätzte 30 000 Richter und Anwälte, aber auch Mitarbeitende des Justizvollzugs und der Polizei. Kurz gesagt zielt das im Frühjahr 2019 lancierte Projekt auf den elektronischen Datenaustausch der Justiz über alle föderalen Stufen und Instanzen hinweg. Ab Beginn eines Verfahrens, also vom Tatort bis zum Abschluss und der Archivierung, sollen dereinst die Akten elektronisch geführt

werden und generell als massgebend und rechtsgültig etabliert sein.

Doppelter Paradigmenwechsel

Mit der Umsetzung sind im Wesentlichen die Gerichte mit ihren Vertretern der Justizkonferenz und die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und -direktoren (KKJPD) betraut. Hinzu kommt das Bundesamt für Justiz für die erforderlichen Gesetzgebungsarbeiten auf Bundesebene, das voraussichtlich im zweiten Quartal 2020 eine Vernehmlassung für das sogenannte E-Justice-Gesetz starten wird.

Interessant ist an Justitia 4.0, dass dieses Transformationsprojekt von Anfang an nicht nur als IT-Projekt verstanden wurde. Vielmehr adressiert man neben den organisatorischen Aspekten immer auch den damit einhergehenden Kulturwandel der Justizarbeit. Im soeben vorgelegten Hausheft des auf die öffentliche Verwaltung fokussierten IT-Dienstleisters Abraxas Informa-

tik spricht Jens Piesbergen von einem doppelten Paradigmenwechsel. Der Programm-Manager der vom KKJPD geführten Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz (HIS) gehört zu den besten Kennern des Projekts und erklärt, dass man zur Realisierung eben keinen Top-down-Ansatz gewählt habe. Zwar hätten so bestehende Lösungen aus dem Ausland eingekauft und zügig eingeführt werden können. «Doch mit diesem Vorgehen hätten wir keinen personellen und politischen Rückhalt. Wir haben in der Schweiz ein föderales System, ein Milizprinzip mit Vor- und Nachteilen: Man diskutiert etwas länger, hat aber eine tragfähige Lösung.»

Es ist eine digitale Transformation, ein Change Management.

Zudem betont Piesbergen, dass er nicht gern von Digitalisierung spreche. Der Begriff sei zu eng und zu technisch. «Was wir umsetzen, ist eine digitale Transformation respektive ein Change Management. Im Rahmen der Strafjustiz muss sich diese Transformation nicht nur in den Köpfen vollziehen, sondern sich darüber hinaus

in Obligationen der Gesetzgebung sowie in den internen Weisungen von Generalstaatsanwälten und kantonalen Gerichtspräsidenten niederschlagen.»

Konkret geht es um einen doppelten Paradigmenwechsel, weil mit dem Wegfallen des Papiers in den Gerichten und Kanzleien eine neue Arbeitskultur in der Justiz Einzug halten wird. Zudem rücken Legislative und Exekutive mit der Judikative auf neue Weise digital zusammen, auch wenn weiterhin die Strafprozessordnung (StPO) die Verfahrensabläufe zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Justizvollzug mit den Gerichten regelt.

Technischer Umbau hat begonnen

Dass es sich gleichwohl um ein eminent technisches Projekt handelt, lässt sich an den ersten Resultaten ablesen. Sie basieren auf für die Polizeiarbeit erarbeiteten Standards und betreffen beispielsweise in der Vorgangsbearbeitung den Datenaustausch zwischen den Straf- und Justizvollzugsbehörden. Pilotkantone wie St. Gallen testen den strukturierten Datenaustausch bereits.

Konkret wurde für die durchgängige, zur Sicherstellung der Interoperabilität wichtige medienbruchfreie Datenübermittlung ein Testportal zur Qualitätssicherung, der Sanitycheck-Service (SCS), entwickelt. So wurde etwa das Strafregister über SCS-geprüfte Schnittstellen in das wachsende Justitia-4.0-Ökosystem integriert. Folgen sollen demnächst das Waffen- und Strafregister sowie die Migrations- und Strassenverkehrsämter. Weiter ist bereits das sogenannte Secemail realisiert, über das ein sicherer E-Mail-Verkehr zwischen den Behörden möglich ist.

Schliesslich sei auch noch das Justizportal «Justitia.Swiss» genannt, das schon beim Strafgericht des Kantons Basel-Stadt im Einsatz steht, um zum Beispiel Einvernahmen elektronisch abzuwickeln. Abzuwarten bleibt, ob das so umfangreiche Transformationsprojekt auch weiterhin, ohne Wellen zu schlagen, umgesetzt werden kann.

www.justitia40.ch
www.hpi-programm.ch
www.scs0051.ch

Appenzeller mit interaktivem Berichtswesen

Öffentliche Verwaltung Jetzt werden einige Ausserrhoder Gemeinden die Jahresrechnung 2019 interaktiv online stellen. Erstmals entsteht in der Schweiz eine bisher unbekannte Transparenz im Berichtswesen.

VOLKER RICHERT

Mit der Umstellung auf das überarbeitete harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) hat der Kanton Appenzell Ausserrhoden vor Jahren auch sein Finanzhaushaltsgesetz angepasst. Der Reformprozess betraf auch die erstmalige Erstellung eines auch in anderen Kantonen geltenden Aufgaben- und Finanzplans (AFP) für sämtliche zwanzig Gemeinden des Kantons.

Ende 2018 war es dann so weit. Die verantwortliche ARI (Appenzell Ausserrhoder Informatik) meldete, dass zur Erstellung des AFP das Modul «Automatisierte Berichtswesen und Vergleiche» der Firma Axians IKVS aus Rotkreuz eingeführt wird. Dadurch wurde ein gemeindeübergreifender Standard geschaffen, der vom ARI-Projektteam in Zusammenarbeit mit der BDO entwickelt wurde und von der Gemeindepräsidentenkonferenz abgenommen wurde.

Die Software von IKVS beruht auf einer breiten Erfahrungsbasis, da sie bereits in Deutschland seit Jahren von inzwischen rund 600 Gemeinden aller Grössenordnungen in 15 Bundesländern genutzt wird und entsprechend ausgereift ist.

In Appenzell Ausserrhoden stammen dabei die zur Erstellung der Berichte benötigten Finanzdaten aus der ohnehin verwendeten Gemeinde-Software-Lösung

Infoma Newsystem, die ebenfalls aus dem Hause Axians kommt.

Vorreiter in Sachen Transparenz

Interessant ist, dass sich die Gemeinden auch für das weitere Modul «Interaktives Berichtswesen» entschieden haben, das in der Schweiz bisher noch nirgendwo eingesetzt wird. Man überwinde damit die bisher als PDF respektive ausgedruckte verfügbare gemachten Berichte insofern, als dass jeder Nutzer sich Detailauswertungen nach seinen Bedürfnissen selber anschauen könne, erläutert Beat Germann. Laut dem Finanzverwalter der Gemeinde Herisau übernehme Appenzell Ausserrhoden auf Gemeindeebene eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung des Berichtswesens in der Schweiz.

Niemand muss mehr mühsam gewünschte Kennzahlen sammeln.

Herisau Finanzverwalter betont, dass man neu deutlich über die gängige Erstellung von PDF aus Daten der Geschäftssoftware hinausgehe, auch wenn die bereits bisher im Web publiziert sowie per Papier verschickt worden seien. Niemand müsse mehr mühsam gewünschte Kennzahlen zusammentragen. Vielmehr, so Germann weiter, sei der IKVS-Einsatz deshalb ein Schritt in Richtung Digitalisierung, weil jetzt die politisch Verantwortlichen aus Gemeinde- und Einwohnererrat wie auch Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich interaktiv verschiedene Auswertungen zu den Gemeindefinanzdaten einfach anzeigen lassen könnten. Damit schaffe man nicht nur den Brückenschlag von der Politik zum Bürger, sondern dokumentiere dies

auch in einer hierzulande bisher nicht gekannten Transparenz im Berichtswesen, so der Finanzverwalter.

Mit dem eingeschlagenen Weg eröffne man zugleich ganz neue Möglichkeiten im Berichtswesen, weil IKVS sehr viel mehr Module umfasse, als derzeit in Appenzell Ausserrhoden genutzt werden. Ob und wann diese in Appenzell Ausserrhoden zum Einsatz kommen, ist zwar noch offen. Doch Germann streicht heraus, dass noch erhebliches Potenzial in der Lösung schlummere, die beispielsweise unterjährige Berichte ermögliche, Prognosen zu machen erlaube und auch ein Vergleichstool umfasse, das einen Vergleich mit anderen Gemeinden erlaube.

Zu entscheiden über einen solchen digitalen Ausbau habe allerdings, so Beat Germann, die Politik, die insbesondere das Kosten-Nutzen-Verhältnis abzuwägen habe.